

LANDESINNUNG BAU SCHLÄGT ALARM

TIROLER BAUBRANCHE WILL FÖRDERMITTEL ZURÜCK

Rund 300 Millionen Euro der Wohnbauförderung sind in den letzten Jahren in das allgemeine Budget geflossen. Ein Missstand, den die Tiroler Landesinnung Bau angesichts der prekären Lage am Bau scharf kritisiert. Die Forderung ist klar: Das Geld muss rückwirkend in den Wohnbau fließen, um die schwächelnde Bauwirtschaft zu unterstützen.

Die Baubranche steht vor einer Zerreißprobe. Baubewilligungen haben sich im Vergleich zum Höchstniveau des Jahres 2019 halbiert, auch Kreditvergaben und Wohnungsverkäufe sind stark rückläufig. „Der Wohnbau befindet sich im freien Fall. 2024 wird ein kritisches Jahr, wenn die Politik jetzt nicht handelt“, warnt Anton Rieder, Landesinnungsmeister und Vizepräsident der Tiroler Wirtschaftskammer.

Fehlgeleitete Fördermittel

Im Zentrum der Kritik steht vor allem die Verwendung von Fördergeldern. Rund 300 Mio. Euro, die für die Wohnbauförderung in Tirol vorgesehen waren, wurden in den vergangenen Jahren in das allgemeine Budget umgeleitet – eine Praxis, die die Landesinnung Bau nun entschieden anprangert. „Es ist inakzeptabel, dass solch beträchtliche Summen aus dem Fördertopf abgezogen und anderweitig verwendet werden, während die Bauwirtschaft in einer großen Krise steckt“, moniert Rieder und betont: „Wir wollen unser Geld zurück.“

Das abgezweigte Geld müsse im Verlauf der nächsten drei Jahre und zusätzlich zu den bestehenden Fördermitteln in den Wohnbau reinvestiert werden, um Arbeitsplätze zu sichern und den schwächelnden Sektor wieder anzukurbeln. Gezielte Maßnahmen sollen sicherstellen, dass



Das abgezweigte Geld aus dem Fördertopf muss dringend in die Revitalisierung des Wohnbaus investiert werden.

die Gelder dorthin fließen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Ruf nach Sanierungsoffensive

So fordert Rieder noch heuer eine Erhöhung der Sanierungsförderung für Einfamilienhäuser, da die Kostenobergrenzen bei weitem nicht ausreichen würden. Darüber hinaus soll das Volumen im gemeinnützigen Wohnbau um 30 Prozent erhöht werden. Im privaten Sektor brauche es eine Reform der Förderpolitik. „Die Rahmenbedingungen müssen sich verbessern, damit der Traum vom Eigenheim nicht an der Realität scheitert“, so der Branchenexperte. „Wir sind bereit, in den politischen Dialog zu gehen.“

Nicht zuletzt betont er die Notwendigkeit der Digitalen Baueinrei-

chung, um langwierige Prozesse zu verkürzen und effizientere Abläufe zu schaffen. Hier sei vor allem die Mithilfe der Gemeinden unerlässlich. „Bis zum Baubeginn vergehen wegen der vielen Amtswege oft bis zu drei Jahre“, weiß Rieder und verweist auf das Beispiel Südtirol, wo binnen drei Monaten ein Baubescheid am Tisch liegt. „Alles Geld bringt nichts, wenn wir zu keinen Bescheiden kommen“, hofft er auf einen neuen Schwung für die Baubranche. ●

